



Amtsblatt

für den

Landkreis Eichsfeld

Jahrgang 2006	Heilbad Heiligenstadt, den 01.11.2006	Nr. 35
---------------	---------------------------------------	--------

Inhalt

Seite

A Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

Satzung über die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung von Abfällen im ... 209
Landkreis Eichsfeld (Abfallsatzung – AbfS)

Satzung des Landkreises Eichsfeld über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung ... 223
der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises Eichsfeld
- Abfallgebührensatzung -

B Veröffentlichungen sonstiger Stellen

Wasser- und Abwasserzweckverband „Eichsfelder Kessel“, Breitenworbiser Str. 1, ... 227
37355 Niederorschel

Bekanntmachung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2005 des Wasser- und
Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“

Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband, Spitzmühle, 37359 Großbartloff ... 228
Einladung zur Verbandsversammlung am 15.11.2006

Herausgeber: Landkreis Eichsfeld

Bezugsmöglichkeiten: Das Amtsblatt kann beim Landkreis Eichsfeld/Hauptamt/Kreistagsbüro und Pressestelle,
Friedensplatz 8, 37308 Heilbad Heiligenstadt, **als Abonnement, Einzelausgabe oder**
blattweise bezogen werden. Tel. : (03606) 650 -1241;
Preis je Doppelseite 0,10 € zuzüglich Versandkosten.

Erscheinungsweise: in der Regel dienstags,
auch unter der Internetadresse www.kreis-eic.de (Aktuelles, Amtsblatt)

Satzung über die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung von Abfällen im Landkreis Eichsfeld (Abfallsatzung – AbfS)

Aufgrund der §§ 98 Abs. 1 und 99 Abs. 2 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. Nr. 2 S. 41, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005, GVBl. Nr. 18 S. 446), §§ 2 bis 4 des Thüringer Gesetzes über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz - ThürAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1999 (GVBl. Nr. 12 S. 385, zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 25. November 2004, GVBl. Nr. 20 S. 853) sowie in Ausführung des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz - KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2006, BGBl. I S. 1619) hat der Kreistag des Landkreises Eichsfeld in seiner Sitzung am 11. Oktober 2006 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Pflichten und Aufgaben der Abfallwirtschaft

- (1) Pflichten der Abfallwirtschaft:
Alle Anschlusspflichtigen nach § 5 und die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung haben die Pflicht, die Menge der bei ihnen anfallenden Abfälle und deren Schadstoffgehalt so gering wie möglich zu halten und nicht vermeidbare Abfälle einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung oder, sofern dies nicht möglich ist, einer gemeinwohlverträglichen Beseitigung zuzuführen.
- (2) Aufgaben der Abfallwirtschaft:
 1. Abfallvermeidung
Der Landkreis Eichsfeld als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (im folgenden ÖRE genannt) und die von ihm beauftragte Dritte, die EW Entsorgung GmbH, beraten alle die in Absatz 1 Genannten über Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen.
Sie betreiben hierzu die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit.
Der ÖRE wirkt bei der Gestaltung von Arbeitsabläufen in seinen Dienststellen und Einrichtungen und bei seinem sonstigen Handeln, insbesondere im Beschaffungs- und Auftragswesen, bei Bauvorhaben und bei Veranstaltungen in seinen Einrichtungen und auf seinen Grundstücken darauf hin, Abfälle zu vermeiden und im Übrigen für eine Verwertung getrennt zu sammeln.
 2. Abfallverwertung
Die Abfallverwertung hat Vorrang vor der Abfallbeseitigung, soweit sie technisch möglich oder gesetzlich vorgeschrieben ist, die Belastung von Menschen und Umwelt geringer ist, und die Mehrkosten im Vergleich zu anderen Verfahren nicht unzumutbar hoch sind.
 3. Abfallentsorgung
Die Abfallentsorgung im Sinne dieser Satzung bestimmt sich aus § 3 Abs. 7 in Verbindung mit §§ 4 ff und §§ 10 ff KrW-/AbfG.
Als ÖRE entsorgt der Landkreis die in seinem Gebiet angefallenen und nach § 13 KrW-/AbfG zu überlassenden Abfälle auf der Grundlage der Vorschriften der Gesetze und Maßgaben dieser Satzung.
Der ÖRE betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung.
Die Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften unterstützen den ÖRE und dessen beauftragten Dritten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Abfallentsorgung.
Zur Durchführung der sich aus dieser Satzung ergebenden Aufgaben kann sich der ÖRE neben der in Nr. 1 Satz 1 genannten weiterer Dritter, insbesondere auch privater Unternehmen, bedienen.

§ 2

Entsorgungsleistungen

Im Einzelnen erbringen der ÖRE und dessen beauftragte Dritte zur Aufgabenerfüllung folgende Entsorgungsleistungen:

1. Beschaffung, Verteilung bzw. Aufstellung und Unterhaltung der nach § 8 Abs. 1 zugelassenen Abfallbehälter der Abfallentsorgung im Kreisgebiet,
2. Einsammeln und Befördern von Restabfall im Holsystem,
3. Verwertung und Beseitigung von Restabfall und Sperrmüll in den dafür zugelassenen Anlagen und Einrichtungen,

4. Sammeln, Befördern und Verwerten von Altpapier und Glasverpackungen im Bringsystem,
5. Einsammeln und Befördern von Sperrmüll, Schrott und Elektronikschrott einschließlich Kühl- und Gefriergeräte auf Abruf im Meldekartensystem,
6. Verwertung von Schrott in den dafür zugelassenen Anlagen und Einrichtungen,
7. Einsammlung und Beförderung von Sonderabfall-Kleinmengen im Bringsystem,
8. Verwertung und Beseitigung der Sonderabfall-Kleinmengen in den dafür zugelassenen Anlagen und Einrichtungen,
9. Behälterservice nach § 3 Abs. 3 Nr. 6, § 9 Abs. 5,
10. Information, Beratung und Untersuchungen zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen im Kreisgebiet,
11. Vorhaltung, Betrieb, Unterhaltung und Wartung der Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE bzw. Sicherung der Verwertung und Beseitigung der Abfälle in anderen genehmigten Abfallentsorgungsanlagen und -einrichtungen,
12. Entwicklung, Planung, Sicherung und Vorbereitung des ordnungsgemäßen Abschlusses sowie Nachsorge der Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE,
13. Einsammlung und Entsorgung widerrechtlich abgelagerter Abfälle nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Satz 3 ThürAbfG,
14. Durchsetzung und Durchführung aller erforderlichen Nachweisverfahren.

§ 3

Begriffsbestimmungen

- (1) **Abfälle** sind gemäß § 3 Abs. 1 KrW-/AbfG bewegliche Sachen, deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss. Im Weiteren gelten die Begriffsbestimmungen des § 3 Abs. 2 bis 8 KrW-/AbfG.
- (2) Die Abfälle werden im Sinne dieser Satzung in folgende Gruppen untergliedert:
 1. **Restabfall** ist der Teil des Abfalls aus Haushaltungen, Gewerbebetrieben und sonstigen Herkunftsbereichen, der nach Trennung der zur Verwertung bestimmten Abfallarten übrig bleibt und in den nach § 8 Abs. 1 zugelassenen Abfallbehältern zur geordneten Entsorgung bereitgestellt wird.
 2. **Bioabfall** ist der Teil des Abfalls, welcher kompostierbar bzw. biologisch abbaubar ist.
 3. **Sperrmüll** ist der Teil des Abfalls, welcher auf Grund seiner räumlichen Maße oder der Masse nicht in den zugelassenen Behältern bereitgestellt werden kann.
Diese Abfälle sollen als Einzelstücke nicht über 75 kg wiegen, und die Abmaße sollen 2 m x 1 m x 0,75 m nicht überschreiten. Nicht zum Sperrmüll gehören Bauabfälle.
 4. **Bauabfälle** sind Bauschutt, Baustellenabfälle, Bodenaushub, Straßenaufbruch, asbesthaltige Bauabfälle, Altholz wie Bauholz, Fenster, Türen etc., Sanitärkeramik sowie sonstige bei Bautätigkeiten anfallende Abfälle.
 5. **Altpapier** sind gebrauchte Druckerzeugnisse sowie Abfälle aus Papier und Pappe, die nicht einer gesetzlichen Rücknahmeverpflichtung unterliegen.
 6. **Elektronikschrott** sind Elektro- und Elektronik-Altgeräte im Sinne des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG) vom 16. März 2005 (BGBl. I S. 762), die aus privaten Haushaltungen und aus Gewerbe, Industrie, Verwaltung und sonstigen Bereichen stammen und die aufgrund ihrer Art, Menge und Beschaffenheit mit denen aus privaten Haushaltungen vergleichbar sind, wie Haushaltsgroßgeräte, automatische Wiedergabegeräte, Kühl- und Gefriergeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Unterhaltungselektronik, Bildschirmgeräte, Gasentladungslampen, Haushaltskleingeräte, Beleuchtungskörper, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente.
 7. **Schrott** sind alle Abfälle aus Eisen- und Nichteisenmetallen, soweit diese Abfälle nicht im Rahmen bestehender Wertstoffsammlungs-, Erfassungs- und Verwertungssysteme in den Stoffkreislauf zurückgeführt werden können.
 8. **Sonderabfall-Kleinmengen** sind die in § 5 Abs. 4 ThürAbfG in Verbindung mit der Thüringer Verordnung über die Entsorgung von Sonderabfall-Kleinmengen (Thüringer Kleinmengen-Verordnung) vom 5. Oktober 1993 (GVBl. Nr. 33 S. 706) genannten gefährlichen Abfälle im Sinne von § 3 Abs. 8 Satz 1 in Verbindung mit § 41 KrW-/AbfG und § 3 der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung – AVV) vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), sowie vergleichbaren Abfälle, die üblicherweise in privaten Haushaltungen in Kleinmengen anfallen und die bei der Entsorgung Nachteile für Personen, Umwelt, Anlagen oder Verwertungsprodukte hervorrufen können, insbesondere Pflanzenschutz- und

Schädlingsbekämpfungsmittel, öl- und lösemittelhaltige Stoffe, Farben, Lacke, Desinfektions- und Holzschutzmittel, Chemikalienreste, Batterien, Akkumulatoren, Säuren, Laugen und Salze.

- (3) Weitere Begriffsbestimmungen im Sinne dieser Satzung:
1. **Zugelassene Abfallbehälter** sind die vom ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte nach § 8 Abs. 1 bestimmten und ausschließlich zur Benutzung der Abfallentsorgung zu verwendenden Behälter.
 2. **Abfallentsorgungsanlagen und -einrichtungen** sind alle notwendigen Anlagen und Einrichtungen zur Verwertung und Beseitigung von Abfällen, welche vom ÖRE und dessen beauftragte Dritte zu diesem Zweck benutzt werden. Hierzu zählen auch die eingerichteten Sammelstellen.
 3. **Grundstück** ist unabhängig von der Eintragung im Liegenschaftskataster und im Grundbuch und ohne Rücksicht auf die Grundstücksbezeichnung jeder Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.
 4. **Sonstige oder sonstige Nutzer** sind alle anderweitigen Einrichtungen, Unternehmungen, Betriebe, Dienstleistungen sowie Freiberufliche, welche ein Grundstück dinglich oder als Mieter oder Pächter teilweise oder ganz für die Ausübung ihrer Tätigkeit benutzen.
 5. **Bewohner** im Sinne dieser Satzung sind alle mit Haupt- oder Nebensitz melderechtlich erfassten Personen. Personen, die nachweislich durchgehend mehr als 6 Monate nicht nur vorübergehend ortsabwesend sind, bleiben auf Antrag befristet auf maximal ein Jahr unberücksichtigt; der Nachweis hierüber obliegt dem bzw. den Anschlusspflichtigen.
 6. **Behälterservice** bedeutet, dass nach Absprache mit dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte die in § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 und 5 genannten Restabfallbehälter entsprechend § 9 Abs. 5 auch außerhalb der regulären Entleerungstermine nach § 9 Abs. 4 Satz 1 zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort gestellt, entleert bzw. abgeholt werden können.

§ 4

Ausgeschlossene Abfälle

- (1) Von der Abfallentsorgung durch den ÖRE sind ausgeschlossen:
1. Abfälle, die aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 24 KrW-/AbfG oder auf Grund einer sonstigen gesetzlichen Verpflichtung einer Rücknahmepflicht unterliegen und bei denen entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen; dies gilt nur, soweit der ÖRE nicht selbst bei der Rücknahme mitwirkt,
 2. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere aus Gewerbe- und Industriebetrieben, soweit diese nach Art, Menge oder Beschaffenheit nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen eingesammelt, befördert oder entsorgt werden können oder die Sicherheit der umweltverträglichen Entsorgung im Einklang mit den Abfallwirtschaftsplänen des Landes durch einen anderen Entsorgungsträger oder Dritten gewährleistet ist (§ 15 Abs. 3 Satz 2 KrW-/AbfG); der ÖRE kann die Besitzer solcher Abfälle verpflichten, die Abfälle bis zur Erteilung der Zustimmung der zuständigen Behörde auf ihrem Grundstück so getrennt zu halten und aufzubewahren, dass das Wohl der Allgemeinheit (§ 10 Abs. 4 KrW-/AbfG) nicht gefährdet ist,
 3. alle Abfälle, die insbesondere gemäß § 2 Abs. 2 KrW-/AbfG nach gesonderten Rechtsvorschriften zu entsorgen sind,
 4. alle flüssigen, pastösen und gasförmigen Abfälle, sofern es sich nicht um durch den ÖRE zu entsorgende Sonderabfälle handelt,
 5. alle Sonderabfälle, welche nicht unter die Mengenklauseln des § 1 Abs. 1 und 4 der Thüringer Kleinmengen-Verordnung fallen (§ 9 Abs. 7),
 6. Kraftfahrzeugwracks und Fahrzeugteile einschließlich landwirtschaftlicher Maschinen und Baumaschinen sowie Altreifen,
 7. tierische Fäkalien aus der Land- und Forstwirtschaft sowie aus sonstigen Einrichtungen,
 8. infektiöse und hygienisch bedenkliche Abfälle aus Krankenhäusern, Sanatorien, Pflegeheimen, sonstigen medizinischen Einrichtungen, Apotheken, Arztpraxen, Praxen von Heilpraktikern, Tierkliniken, Tierversuchsanstalten, Tierarztpraxen und ähnlichen Einrichtungen wie:
 - Körperteile und Organabfälle,
 - Abfälle, die nach Maßgabe der einschlägigen Infektions- und Seuchenschutzvorschriften vernichtet werden müssen,
 - Versuchstiere,
 - Streu und Exkremamente,
 9. pflanzliche Abfälle aus dem land- und forstwirtschaftlichen Bereich, von gewerblich genutzten und öffentlichen Grundstücken wie Grünanlagen, Parks, Friedhöfen sowie Abfälle im Sinne des §

3 der Thüringer Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen vom 2. März 1993 (GVBl. Nr. 11 S. 232),

10. Abfälle, deren stoffliche Verwertung oder sonstige Entsorgung nach § 2 Abs. 3 ThürAbfG ganz oder teilweise den kreisangehörigen Gemeinden übertragen worden ist,
 11. Abfälle, die auf Grund einer Einzelfallregelung nach § 27 Abs. 2 KrW-/AbfG oder nach Maßgabe landesrechtlicher Verordnungen auf der Grundlage des § 27 Abs. 3 KrW-/AbfG außerhalb dafür zugelassener Anlagen oder Einrichtungen beseitigt werden können,
 12. Abfallarten, die nicht nach den Maßgaben der Anlage zu dieser Satzung zur Überlassung zugelassen sind.
- (2) Vom Einsammeln und Befördern sind ausgeschlossen:
1. Abfälle, die wegen ihrer Art, Menge, Beschaffenheit, Größe oder ihrer Masse nicht in den zugelassenen Abfallbehälter nach §§ 8 und 9 zur Abfuhr bereitgestellt werden können oder bei der Entsorgung nach § 9 Abs. 3 Nr. 3, Abs. 6 bis 8 nicht oder nur unter erheblichem Aufwand verladen oder transportiert werden können, jedoch dem ÖRE zur Entsorgung zu überlassen sind,
 2. pflanzliche Abfälle im Sinne der Thüringer Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen,
 3. Asche und Schlacken in heißem Zustand,
 4. Bauabfälle,
 5. Sperrmüll und Schrott in einer Gesamtmenge von mehr als 4 m³ je Haushalt bzw. sonstigem Herkunftsbereich und Jahr,
 6. Elektronikschrott über eine haushaltsübliche Menge hinaus sowie
 7. Kühl- und Gefriergeräte mit einem Nutzinhalt von mehr als 400 l.

§ 5

Anschlusszwang und Überlassungspflicht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Kreisgebiet liegenden Grundstückes ist verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen, wenn das Grundstück von privaten Haushaltungen zu Wohnzwecken genutzt wird (Anschlusszwang). Der Anschlusszwang besteht auch für Grundstücke, die gewerblich, industriell oder sonstig genutzt werden. Hierbei besteht der Anschlusszwang für jede jeweilige selbständige wirtschaftliche Einheit.
- (2) Der Eigentümer eines Grundstückes als Anschlusspflichtiger nach Abs. 1 und jeder andere Abfallbesitzer (z. B. Mieter, Pächter) auf einem an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstück ist verpflichtet, nach Maßgabe dieser Satzung die auf seinem Grundstück oder sonst bei ihm anfallenden Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung zu überlassen (Überlassungspflicht). Für die gewerbliche, industrielle oder sonstige Nutzung von Grundstücken gilt die Überlassungspflicht nur für Abfälle zur Beseitigung.
- (3) Die sich aus dieser Satzung für die Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungs- und Nutzungsberechtigte im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes, Gebäudeeigentümer im Sinne des Artikel 233 (Sachenrecht) des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB), Nießbraucher sowie auch alle sonstigen zum Besitz eines Grundstückes dinglich Berechtigten sowie für Mieter und Pächter. Die Grundstückseigentümer werden von ihren Verpflichtungen nicht dadurch befreit, dass neben ihnen andere Anschluss- und Überlassungspflichtige vorhanden sind.

§ 6

Ausnahmen vom Anschlusszwang und der Überlassungspflicht

- (1) Eine Überlassungspflicht besteht nicht,
 1. soweit Abfälle gemäß § 4 Abs. 1 von der öffentlichen Abfallentsorgung ausgeschlossen sind,
 2. soweit Dritten oder privaten Entsorgungsträgern oder -verbänden Pflichten zur Verwertung oder Beseitigung von Abfällen nach §§ 16, 17 oder 18 KrW-/AbfG übertragen worden sind (§ 13 Abs. 2 KrW-/AbfG) oder eine Eigenbeseitigung nach § 13 Abs. 1 Satz 2 KrW-/AbfG besteht und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
 3. soweit Abfälle einer Rücknahme- oder Rückgabepflicht aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 24 KrW-/AbfG oder einer sonstigen gesetzlichen Verpflichtung unterliegen und der ÖRE an deren Rücknahme nicht mitwirkt (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 KrW-/AbfG),
 4. für Abfälle, die in Wahrnehmung der Produktverantwortung nach § 25 KrW-/AbfG freiwillig zurückgenommen werden, soweit dem zurücknehmenden Hersteller oder Vertreiber ein Freistellungs- oder Feststellungsbescheid nach § 25 Abs. 3 oder 6 KrW-/AbfG erteilt worden ist (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1a KrW-/AbfG),

5. für nicht gefährliche Abfälle im Sinne von § 3 Abs. 8 in Verbindung mit § 41 KrW-/AbfG und § 3 AVV, die durch gemeinnützige Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 KrW-/AbfG) und
 6. für nicht gefährliche Abfälle im Sinne von § 3 Abs. 8 in Verbindung mit § 41 KrW-/AbfG und § 3 AVV, die durch gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden, soweit dies dem ÖRE nachgewiesen wird und nicht überwiegende öffentliche Interessen entgegenstehen (§ 13 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3, Satz 2 KrW-/AbfG).
- (2) Bioabfall ist im Entsorgungsgebiet bevorzugt in Eigenkompostierung oder Kompostanlagen zu behandeln. Pflanzliche Abfälle können darüber hinaus in der durch die Thüringer Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen zugelassenen Art und Weise entsorgt werden.

§ 7

Entsorgung ausgeschlossener Abfälle, Selbstanlieferung zu den Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen

- (1) Soweit der ÖRE gemäß § 4 Abs. 1 Abfälle von der Abfallentsorgung ausgeschlossen hat, sind diese Abfälle vom Abfallerzeuger/-besitzer der Entsorgung außerhalb der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtung des ÖRE zuzuführen.
Erzeuger und Besitzer von Abfällen, deren Einsammeln und Befördern durch den ÖRE gemäß § 4 Abs. 2 ausgeschlossen ist, sind verpflichtet, ihre Abfälle zum Zwecke der Entsorgung zu der von dem ÖRE bzw. dessen beauftragten Dritte angegebenen Abfallentsorgungsanlage/-einrichtung oder Sammelstelle zu befördern oder befördern zu lassen.
Von der Abfallentsorgung nach Satz 1 und dem Einsammeln und Befördern durch den ÖRE nach Satz 2 ausgeschlossene Abfälle dürfen nicht in die Restabfall- oder andere Sammelbehälter des ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte eingefüllt, neben diesen zurückgelassen oder in sonstiger Weise zur Abfuhr bereitgestellt oder überlassen werden.
Von der Abfallentsorgung nach Satz 1 ausgeschlossene Abfälle dürfen dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte über Satz 3 hinaus auch nicht in bzw. an dessen/deren Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen oder Sammelstellen übergeben oder in bzw. an diesen zurückgelassen werden.
- (2) Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen (§ 9 Abs. 3 Nr. 4, Abs. 9) richtet sich nach der Betriebs- und Benutzungsordnung der betreffenden Anlage.
- (3) Der ÖRE kann die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen oder Sammelstellen des ÖRE oder dessen Vertragspartner untersagen bei
1. Nichteinhaltung der Zahlungsverpflichtungen nach § 8 Abs. 4 oder 5 der Abfallgebührensatzung,
 2. der Anlieferung von Abfällen, die von der Entsorgung ausgeschlossen sind oder
 3. der Anlieferung von Abfällen, die außerhalb des Geltungsbereiches dieser Satzung angefallen sind.

§ 8

Zugelassene Abfallbehälter

- (1) Für das Einsammeln von Restabfällen sind im Kreisgebiet folgende Abfallbehälter (Müllgroßbehälter = MGB) zugelassen:
1. MGB 60 Liter Füllraum,
 2. MGB 80 Liter Füllraum,
 3. MGB 120 Liter Füllraum,
 4. MGB 240 Liter Füllraum,
 5. MGB 1.100 Liter Füllraum,
 6. speziell durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte gekennzeichnete und ausgegebene Abfallsäcke mit dem Aufdruck „Landkreis Eichsfeld“ und maximal 70 Liter Füllraum.
- Zur Registrierung der Abfallbehälter und zur Erfassung der Leerungshäufigkeit nach § 9 Abs. 4 Satz 3 werden in bzw. an die Gefäße nach Satz 1 Nr. 1 bis 5 elektronische Datenträger (Transponder) angebracht.
- (2) Jeder Anschlusspflichtige ist verpflichtet, durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte Restabfallbehälter leihweise bereitstellen zu lassen.
Für die Gestellung der bzw. des Restabfallbehälter(s) werden – bezogen auf den zweiwöchentlichen Entleerungsrhythmus nach § 9 Abs. 4 Satz 1 – je Grundstücksbewohner in den jeweiligen Haushalten 20 Liter zugrunde gelegt.
Auf einem Grundstück können Abfallgemeinschaften gebildet werden.
Wird festgestellt, dass ein oder mehrere vorhandene Abfallbehälter für die Aufnahme des Restabfalls nicht ausreichen, und ist ein zusätzlicher Abfallbehälter oder ein Abfallbehälter mit größerem

Fassungsvolumen nicht beantragt worden, so haben die Anschlusspflichtigen nach schriftlicher Aufforderung durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte den bzw. die erforderlichen Abfallbehälter aufstellen zu lassen.

Die Aufstellung der bzw. des erforderlichen Abfallbehälter(s) durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte ist vom Anschluss- und jedem angeschlossenen Überlassungspflichtigen zu dulden.

- (3) Jedes anschlusspflichtige Grundstück erhält leihweise mindestens einen zugelassenen Abfallbehälter für Restabfall nach Maßgabe des Absatzes 2 und der folgenden Absätze.
- (4) Für gewerblich, landwirtschaftlich oder in ähnlicher Art und Weise wirtschaftlich, beruflich (auch freiberuflich) sowie gemeinnützig genutzte - auch öffentliche - Einrichtungen und Unternehmen ist mindestens ein 60-Liter- MGB vorzuhalten.

Inhaber von gewerblich, landwirtschaftlich oder in ähnlicher Art und Weise wirtschaftlich, beruflich oder gemeinnützig genutzten - auch öffentlichen - Einrichtungen und Unternehmen, Freiberufler sowie ähnlich wirtschaftlich, beruflich oder gemeinnützig selbstständig tätige Personen bzw. deren gesetzliche oder beauftragte Vertreter, die ihren privaten Haushalt in einer Wohnung auf dem gleichen Grundstück führen und dort ihren Wohnsitz inne haben (gemischt genutzte Grundstücke), können für ihren privaten Haushalt und ihre Einrichtung bzw. ihr Unternehmen einen gemeinsamen bzw. mehrere gemeinsame Restabfallbehälter verwenden.

Für die Gestellung der bzw. des gemeinsamen Restabfallbehälter(s) für das gemischt genutzte Grundstück wird für jede gewerbliche, berufliche oder sonstige vergleichbare Teilnutzung das sich aus Absatz 2 Satz 2 ergebende Behältervolumen um mindestens 20 Liter erhöht.

Gewerbetreibende, Freiberufler und vergleichbar wirtschaftlich, beruflich oder gemeinnützig selbstständig tätige Personen ohne gewerbliche oder vergleichbare Niederlassung, Filiale etc. sowie solche Personen, die ausschließlich außerhalb ihrer Wohnung oder einer gewerblichen Niederlassung, Filiale etc. tätig sind, bedürfen über das nach Absatz 2 festgelegte Vorhaltevolumen hinaus keinen zusätzlichen Restabfallbehälter nach Satz 1 bzw. keinen zusätzlichen Vorhaltevolumenanteil nach Satz 3.

- (5) Es dürfen vom Abfallerzeuger/-besitzer ausschließlich die ihm leihweise zum Gebrauch überlassenen bzw. bereitgestellten Restabfallbehälter zur Bereitstellung der Abfälle benutzt werden.
Das Hineingeben von Abfällen in Behälter anderer Anschluss- und Überlassungspflichtiger ist ohne deren Zustimmung nicht zulässig.
- (6) Die Abfälle müssen in die vom ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte leihweise gestellten Abfallbehälter entsprechend deren Zweckbestimmung eingefüllt werden. Die Abfälle dürfen nicht in einer anderen Weise zum Einsammeln bereitgestellt oder neben die Abfallbehälter gelegt werden.
Der Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, dass die Abfallbehälter allen Hausbewohnern zugänglich sind und ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (7) Die Abfallbehälter sind verschlossen zu halten. Sie dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel noch gut zu schließen sind und eine ordnungsgemäße Entleerung möglich ist. Abfälle dürfen nicht eingestampft oder eingeschlämmt werden. Überfüllte Abfallbehälter oder Behälter mit eingestampftem, eingefrorenem oder heißem Inhalt werden von der Abfuhr ausgeschlossen.
- (8) Die Haftung für Schäden, die vor allem durch unsachgemäße Behandlung der Abfallbehälter oder durch Einbringen nicht zugelassener Gegenstände an den Sammelfahrzeugen oder Abfallbehältern entstehen, richtet sich nach den allgemeinen Vorschriften.
- (9) Der ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte gibt in geeigneter Weise die Termine der Abfallentsorgung öffentlich bekannt; entsprechendes gilt bei der Verlegung der regelmäßigen Einsammelungs-/Abfuhrtermine aus besonderen Gründen (z.B. Feiertage).

§ 9

Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung

- (1) Die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung im Kreisgebiet beginnt, wenn die Voraussetzungen des § 5 erfüllt sind oder der anschluss- und überlassungspflichtige Abfallerzeuger/-besitzer die Grundstücke bzw. das Betriebsgelände der Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner betritt.
- (2) Abfälle gelten zum Einsammeln und Befördern für den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte als angefallen, wenn sie in die zugelassenen Abfallbehälter eingefüllt und zur Abfuhr termingerecht bereitgestellt werden. Im Rahmen der sonstigen Abfuhr gelten die Abfälle mit Bereitstellung zum Termin als angefallen.
- (3) Die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung im Kreisgebiet gliedert sich in die Bereiche
 - 1. Benutzung mittels zugelassener Abfallbehälter (Absatz 4),
 - 2. Behälterservice (Absatz 5, § 2 Nr. 9, § 3 Abs. 3 Nr. 6),
 - 3. Benutzung mittels sonstiger Bereitstellung und Überlassung von Abfällen (Absätze 6 bis 8) und

4. Benutzung mittels Anlieferung der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner (Absatz 9, § 7).
- (4) Die Benutzung mittels zugelassener Abfallbehälter in der Größe von 60 Liter, 80 Liter, 120 Liter, 240 Liter und 1.100 Liter Volumen erfolgt grundsätzlich bei der Restabfallabfuhr jede zweite Woche durch Einsammlung bzw. Abholung der Abfälle durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte.
Der Anschlusspflichtige hat dafür zu sorgen, dass die gemäß § 8 zugelassenen Abfallbehälter entsprechend Absatz 10 vor dem jeweiligen Grundstück zum Entsorgungstermin bis 06.00 Uhr an der jeweiligen öffentlichen Straße, welche mit üblicher Entsorgungstechnik zu erreichen ist, bereitgestellt sind.
Die Registrierung der Abfallbehälter und Erfassung der Leerungshäufigkeit erfolgt mittels elektronischem Zähl- und Erkennungssystem (Ident-System).
Von den Sätzen 1 und 2 abweichende Regelungen im Behälterservice (Absatz 5, § 2 Nr. 9, § 3 Abs. 3 Nr. 6) bleiben unberührt.
Die speziell vom ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte gekennzeichneten und ausgegebenen Abfallsäcke werden bei erhöhtem Bedarf an Abfallvolumen verwendet und zum jeweiligen Entsorgungstermin vor dem jeweiligen Grundstück an der jeweiligen öffentlichen Straße entsorgt.
- (5) Bei angefordertem Behälterservice (§ 2 Nr. 9) erfolgt durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte die ordnungsgemäße Bereitstellung der Behälter wie in § 3 Abs. 3 Nr. 6 beschrieben.
Der Standort der Behälter ist durch den Anschluss- bzw. Überlassungspflichtigen zum Gestellungs- und Entsorgungstag zugänglich zu halten. Die übrigen Pflichten aus § 8 Abs. 5 bis 8 bleiben unberührt.
- (6) Altpapier und Glasverpackungen sind von den anschluss- und überlassungspflichtigen Abfallerzeugern/-besitzern in die eigens dafür bereitgestellten und gekennzeichneten Sammelbehälter einzugeben. Andere, als die nach der jeweiligen Aufschrift vorgesehenen Stoffe dürfen weder in die Altpapier- und Altglassammelbehälter eingegeben noch neben diesen zurückgelassen werden. Soweit bestimmte Einfüllzeiten an den Behältern angegeben sind, ist die Befüllung nur innerhalb dieser Zeiten gestattet. Die Altpapier- und Altglassammelbehälter werden nach Bedarf entleert. Altpapier und Glasverpackungen können vom Abfallerzeuger/-besitzer auch zu den vom ÖRE bekannt gegebenen oder zu erfragenden Sammelstellen gebracht werden.
- (7) Die Entsorgung der Sonderabfall-Kleinmengen erfolgt durch die Einsammlung mit einem Sammelfahrzeug. Die Anschluss- und Überlassungspflichtigen bringen dabei die Abfälle zum Sammelfahrzeug. Sofern diese nicht aus privaten Haushaltungen stammen, sind die Anlieferungen rechtzeitig beim ÖRE bzw. bei dessen beauftragte Dritte anzumelden.
Die Einsammlung erfolgt grundsätzlich zweimal pro Jahr. Die Entsorgungstermine und die entsprechenden zu entsorgenden Abfallarten werden öffentlich bekannt gegeben.
Je Sammlung dürfen von einem Abfallbesitzer höchstens 100 kg Sonderabfälle angeliefert werden.
Die Sonderabfälle sind unvermischt und nach Arten getrennt in Einzelbehältnissen abzugeben, wobei die Gesamtmasse eines Behältnisses 30 kg, das Gesamtvolumen 30 l nicht übersteigen darf (§ 4 Abs. 1 Nr. 5 dieser Satzung in Verbindung mit § 1 Abs. 1 der Thüringer Kleinmengen-Verordnung).
Andere Herkunftsbereiche außer private Haushaltungen, in denen mehr als insgesamt 500 kg Sonderabfälle jährlich anfallen, sind von der Sonderabfall-Kleinmengensammlung grundsätzlich ausgeschlossen (§ 4 Abs. 1 Nr. 5 dieser Satzung in Verbindung mit § 1 Abs. 4 der Thüringer Kleinmengen-Verordnung).
- (8) Die Abholung von
1. Sperrmüll und Schrott sowie
 2. Elektronikschrott einschließlich Kühl- und Gefriergeräte
- erfolgt je einmal pro Jahr und Haushalt bzw. Gewerbebetrieb. Abfallgemeinschaften (§ 8 Abs. 2 Satz 3) zählen hierbei als ein Haushalt.
Die Beantragung erfolgt schriftlich mittels Meldekarte durch den Grundstückseigentümer bei zu Wohnzwecken dienenden Grundstücken oder durch den Gewerbetreibenden oder sonstigen Nutzer bei gewerblich genutzten Grundstücken. Die Abholung erfolgt innerhalb eines Monats nach Eingang der Beantragung. Bei Wohngrundstücken mit mehreren Mietparteien ist die Beantragung durch Mieter nur zulässig, wenn der Anschlusspflichtige im Sinne des § 5 Abs. 1 dem zustimmt.
Dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte ist die genaue Art sowie Menge der Abfälle mitzuteilen. Nicht angemeldete Abfälle werden nicht abgeholt bzw. mitgenommen.
Befinden sich auf einem Grundstück mehrere Haushalte, welche einen gemeinsamen Bereitstellungsplatz nutzen und somit die Zuordnung der jeweiligen Abfälle zum Einzelhaushalt nicht möglich ist, ist die zu entsorgende Gesamtmenge bei der Beantragung einzelfallbezogen mit dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte abzustimmen.

Die Überlassung von Sperrmüll, Schrott, Elektronikschrott einschließlich Kühl- und Gefriergeräte erfolgt durch Bereitstellung zu dem durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte bekannt gegebenen Termin, frühestens jedoch am Vorabend (ab 18.00 Uhr) des Abfuhrtermins, vor dem Grundstück an der jeweiligen öffentlichen Straße, welche mit üblicher Entsorgungstechnik erreichbar ist.

Es ist verboten, unbefugt Sperrmüll, Schrott, Elektronikschrott einschließlich Kühl- und Gefriergeräte oder sonstige Abfälle zu den von anderen Anschluss- und Überlassungspflichtigen zur Abholung angemeldeten und bereitgestellten Abfällen hinzuzufügen.

Sperrmüll, Schrott, Kühl- und Gefriergeräte und sonstiger Elektronikschrott können im Rahmen des § 7 auch selbst zur jeweiligen Abfallentsorgungsanlage/-einrichtung oder Sammelstelle gebracht werden.

- (9) Die Benutzung mittels Anlieferung der Abfälle zu den Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner (§ 7) erfolgt durch die Bereitstellung der Abfälle in den jeweiligen Betriebsanlagen oder Sammeleinrichtungen des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner. Dabei beginnt die Benutzung gemäß Absatz 1 mit Betreten der Grundstücke.

- (10) Der Anschlusspflichtige hat dafür zu sorgen, dass die Abfälle bzw. Abfallbehälter rechtzeitig vor der festgesetzten und bekannt gegebenen Abfuhrzeit an den Stell- bzw. Sammelpätzen so bereitgestellt werden, dass das Sammelfahrzeug unmittelbar an die Stellplätze heranfahren kann und das Abfahren ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich ist.

In besonderen Fällen, z.B. bei Grundstücken, welche nicht von den Entsorgungsfahrzeugen angefahren werden können, bestimmt der ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte unter Berücksichtigung der betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung, an welchem Platz die Abfallgefäße zur Entleerung bereitzustellen sind.

Der Anschluss- und Überlassungspflichtige hat zu gewährleisten, dass bei der Bereitstellung der Abfälle bzw. Abfallbehälter zur Abfuhr keinerlei Verkehrshindernisse entstehen.

Die Abstell- bzw. Sammelfläche ist von ihm nach der Einsammlung zu räumen und zu säubern; Abfallbehälter sind unverzüglich nach ihrer Entleerung aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen. Abfälle, die vom ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte nicht mitgenommen wurden (nicht zur Abfuhr zugelassene Abfälle), sind vom Besitzer unverzüglich zurückzunehmen. Unbefugten ist es nicht gestattet, angefallene Abfälle zu durchsuchen, umzulagern oder wegzunehmen.

§ 10

Störungen in der Abfallentsorgung

Wird die Abfallentsorgung infolge höherer Gewalt, behördlicher Verfügungen, Betriebsstörungen, notwendiger Arbeiten oder sonstiger betrieblicher Gründe vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so besteht unbeschadet anderweitiger gebührenrechtlicher Regelungen grundsätzlich kein Anspruch auf Gebührenminderung, Schadenersatz o.ä. Die unterbliebenen Maßnahmen werden unverzüglich nachgeholt. § 8 Abs. 9 bleibt unberührt.

§ 11

Eigentumsübergang

Der Abfall geht mit dem Verladen auf das Sammelfahrzeug oder mit der Überlassung in einem jedermann zugänglichen Sammelbehälter oder einer sonstigen Sammeleinrichtung des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner in das Eigentum des ÖRE über. Wird Abfall durch den Abfallbesitzer oder für diesen durch eine Dritten zu einer Abfallentsorgungsanlage des ÖRE bzw. dessen Vertragspartner gebracht, so geht der Abfall mit dem gestatteten Abladen in das Eigentum des Anlageneigentümers über. Im Abfall gefundene Wertgegenstände werden als Fundsache behandelt.

§ 12

Anmelde- und Auskunftspflicht

- (1) Grundstückseigentümer, Gewerbetreibende bzw. sonstige Nutzer haben dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte

1. den erstmaligen Anfall von Abfällen,
2. die voraussichtliche Art, Zusammensetzung und Menge des anfallenden Abfalls,
3. bei Wohngrundstücken und gemischt genutzten Grundstücken im Sinne von § 8 Abs. 4 Satz 2 und 3 die Anzahl der auf dem Grundstück wohnenden Personen in den jeweiligen Haushalten,
4. den Beginn und das Ende sowie die Art der Nutzung nach § 8 Abs. 4

sowie jede wesentliche Veränderung der Art, Zusammensetzung und Menge der anfallenden Abfälle, der auf dem Grundstück wohnenden Personenzahl oder der Grundstücksnutzung innerhalb eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift anzuzeigen.

Die wesentliche Veränderung ist immer anzunehmen, wenn diese eine notwendige Veränderung des benötigten Restabfallgefäßes nach sich zieht.

- (2) Wechselt der Grundstückseigentümer oder Nutzungsberechtigte, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer / Nutzungsberechtigte verpflichtet, den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte innerhalb eines Monats schriftlich oder zur Niederschrift zu benachrichtigen.
- (3) Grundstückseigentümer, Nutzungsberechtigte oder Abfallbesitzer/-erzeuger sind verpflichtet, alle für die Abfallentsorgung erforderlichen Auskünfte wahrheitsgemäß zu erteilen.
- (4) Den Beauftragten des ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte ist zur Prüfung, ob die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, nach § 14 KrW-/AbfG, § 2 Abs. 5 ThürAbfG ungehinderter Zutritt zu Grundstücken zu gewähren, die an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossen sind. Der Zutritt ist insbesondere dort zu gewähren, wo Abfälle anfallen. Auf den Grundstücken etwa vorhandene Sammelstellen für Abfälle müssen zu diesem Zweck jederzeit zugänglich sein bzw. gemacht werden.

§ 13

Abfallentsorgungsgebühren

Für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung des ÖRE und die sonstige Erfüllung abfallwirtschaftlicher Aufgaben durch den ÖRE werden Abfallentsorgungsgebühren nach der zu dieser Satzung erlassenen Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des ÖRE erhoben.

§ 14

Rechtsansprüche

Rechtsansprüche gegen den ÖRE auf den Ausbau bestimmter Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen oder Sammelstellen sowie auf den Umfang der Abfallentsorgung über § 2 hinaus bestehen nicht.

§ 15

Anordnungen und Entscheidungen im Einzelfall

- (1) Der ÖRE kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen und Entscheidungen treffen (§ 4 Abs. 5 ThürAbfG, § 97 Abs. 1 ThürKO).
- (2) Für die Erzwingung der in dieser Satzung vorgeschriebenen Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen gelten die Vorschriften des Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes (ThürVwZVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 1994 (GVBl. Nr. 31 S. 1053), (§ 97 Abs. 1 ThürKO, § 18 Abs. 1 ThürVwZVG).

§ 16

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Unbeschadet der im Bundes- oder Landesrecht getroffenen Regelungen handelt gemäß § 98 ThürKO in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602) ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt, indem er
 1. nach § 4 Abs. 1 oder 2 ausgeschlossene Abfälle dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte zur Entsorgung oder zum Einsammeln und Befördern überlässt,
 2. entgegen § 5 Abs. 1, Abs. 3 - auch in Verbindung mit § 8 - sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfallentsorgung anschließt oder entgegen § 5 Abs. 2, Abs. 3 - auch in Verbindung mit §§ 7 bis 9 - die dem ÖRE überlassungspflichtigen Abfälle zur Entsorgung nicht überlässt,
 3. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 3 von der Abfallentsorgung oder dem Einsammeln und Befördern durch den ÖRE ausgeschlossene Abfälle in Restabfall- oder andere Sammelbehälter des ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte einfüllt, neben diesen zurücklässt oder in sonstiger Weise zur Abfuhr bereitstellt oder überlässt,
 4. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 4 oder entgegen einer vollziehbaren Untersagung nach § 7 Abs. 3 von der Abfallentsorgung ausgeschlossene Abfälle dem ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte in bzw. an dessen/deren Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen oder Sammelstellen übergibt oder in bzw. an diesen zurücklässt,
 5. entgegen § 7 Abs. 2 der Betriebs- und Benutzungsordnung einer Abfallentsorgungsanlage/-einrichtung oder Sammelstelle zuwiderhandelt,
 6. entgegen § 8 Abs. 5 seine Abfälle in die Restabfallbehälter anderer Anschluss- und Überlassungspflichtigen ohne deren Zustimmung einbringt,

7. entgegen § 8 Abs. 6 Satz 1 und 2 Abfälle nicht in anderer Weise als durch Eingeben in die vom ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte gestellten Abfallbehälter zur Abholung bereitstellt oder neben den Abfallbehältern ablegt,
 8. die Abfallbehälter nicht entsprechend § 8 Abs. 7 ordnungsgemäß behandelt,
 9. entgegen § 9 Abs. 6 Satz 2 andere als die nach der jeweiligen Aufschrift vorgesehenen Stoffe in die Altpapier- oder Altglassammelbehälter eingibt oder neben diesen zurücklässt,
 10. Sonderabfall-Kleinmengen in anderer Weise als nach § 9 Abs. 7 zugelassen dem ÖRE bzw. dessen beauftragten Dritten überlässt,
 11. Sperrmüll, Schrott oder Elektronikschrott einschließlich Kühl- und Gefriergeräte in anderer Weise als nach § 9 Abs. 8 zugelassen dem ÖRE bzw. dessen beauftragten Dritten überlässt,
 12. entgegen § 9 Abs. 8 Satz 10 unbefugt Abfälle zu den von anderen Anschluss- und Überlassungspflichtigen zur Abholung angemeldeten und bereitgestellten Abfällen hinzufügt,
 13. entgegen § 9 Abs. 10 Satz 3 nicht gewährleistet, dass bei der Bereitstellung der Abfälle bzw. Abfallbehälter zur Abfuhr keinerlei Verkehrshindernisse entstehen,
 14. entgegen § 9 Abs. 10 Satz 4 seiner Pflicht zur Räumung und Säuberung der Abstell- bzw. Sammelflächen nicht nachkommt oder Abfallbehälter nicht unverzüglich nach ihrer Entleerung aus dem öffentlichen Verkehrsraum entfernt,
 15. entgegen § 9 Abs. 10 Satz 5 nicht mitgenommene (nicht zur Abfuhr zugelassene) Abfälle nicht unverzüglich zurücknimmt,
 16. seinen Anzeige- und Auskunftspflichten nach § 12 Abs. 1 bis 3 nicht, nicht rechtzeitig, nur unvollständig oder mit unrichtigen Angaben nachkommt,
 17. wer entgegen § 12 Abs. 4 den Beauftragten des ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte keinen ungehinderten Zutritt zu den Grundstücken gewährt oder die auf den Grundstücken vorhandenen Sammelstellen für Abfälle nicht zugänglich macht.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße in Höhe von bis zu fünftausend Euro geahndet werden.
- (3) Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist das Landratsamt des Landkreises Eichsfeld (§ 98 Abs. 1 Satz 4 in Verbindung mit § 111 Abs. 1 Satz 1 ThürKO).

§ 17

Schlussvorschriften

- (1) Soweit im Satzungstext auf Rechtsvorschriften Bezug genommen wird, finden diese in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.
- (2) Diese Satzung tritt am 01.01.2007 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung über die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung von Abfällen im Landkreis Eichsfeld (Abfallsatzung – AbfS) vom 15. Dezember 1994 (Amtsblatt für den Landkreis Eichsfeld vom 19.05.1995 Nr. 13/1995 Seite 631, Amtsblatt vom 18.09.2003 Nr. 39/2003 Seite 318) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 20.07.2002 (Amtsblatt vom 26.07.2002 Nr. 17/2002 Seite 133, Amtsblatt vom 24.09.2003 Nr. 41/2003 Seite 386), zuletzt geändert durch Artikel 1 der 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung von Abfällen im Landkreis Eichsfeld vom 14. Oktober 2005 (Amtsblatt vom 14.10.2005 Nr. 32/2005 Seite 186), außer Kraft.

Heiligenstadt, den 25. Oktober 2006
Landkreis Eichsfeld

gez. Dr. Werner Henning
Landrat

Siegel

Anlage zu § 4 Abs. 1 Nr. 12:

Zugelassene Abfallarten für die Überlassung an den ÖRE an der Umladestation Beinrode sowie der Kleinanliefererstation Beinrode:

- Spalte 1** Abfallschlüsselnummer nach der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV)
Spalte 2 Abfallbezeichnung nach der AVV
Spalte 3 Überlassung an der Abfallumladestation Beinrode
Spalte 4 Überlassung von Kleinmengen (PKW-Kofferraum, maximal ein Einachs-PKW-Anhänger je Anlieferung) an der Kleinanliefererstation Beinrode

1	2	3	4
Abfall-schlüssel-nummer	Abfallbezeichnung	Umladestation Beinrode	Kleinanlieferer-station Beinrode
Abfälle aus der physikalischen und chemischen Weiterverarbeitung von nicht metallhaltigen Bodenschätzen			
01 04 10	staubende und pulvrige Abfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 01 04 07* fallen	X	
Abfälle aus Landwirtschaft, Gartenbau, Teichwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei			
02 01 03	Abfälle aus pflanzlichem Gewebe	X	
02 01 04	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)	X	
Abfälle aus Zubereitung und Verarbeitung von Obst, Gemüse, Getreide, Speiseölen, Kakao, Kaffee, Tee und Tabak, aus der Konservenherstellung, der Herstellung von Hefe- und Hefeextrakt sowie der Zubereitung und Fermentierung von Melasse			
02 03 04	Für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	
Abfälle aus der Milchverarbeitung			
02 05 01	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	
Abfälle aus der Herstellung von Süß- und Backwaren			
02 06 01	für Verzehr oder Verarbeitung ungeeignete Stoffe Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	
Abfälle aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Platten und Möbeln			

Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

1	2	3	4
Abfall-schlüssel-nummer	Abfallbezeichnung	Umladestation Beinrode	Kleinanlieferer-station Beinrode
03 01 05	Sägemehl, Späne, Abschnitte, Holz, Spanplatten und Furniere mit Ausnahme derjenigen, die unter 03 01 04* fallen	X	
Abfälle aus der Herstellung und Verarbeitung von Zellstoff, Papier, Karton und Pappe			
03 03 07	mechanisch abgetrennte Abfälle aus der Auflösung von Papier- und Pappabfällen	X	
Abfälle aus der Textilindustrie			
04 02 09	Abfälle aus Verbundmaterialien (imprägnierte Textilien, Elastomer, Plastomer)	X	
04 02 21	Abfälle aus unbehandelten Textilfasern	X	
04 02 22	Abfälle aus verarbeiteten Textilfasern	X	
Abfälle aus Herstellung, Zubereitung, Vertrieb und Anwendung (HZVA) von Kunststoffen, synthetischem Gummi und Kunstfasern			
07 02 13	Kunststoffabfälle (ohne Verpackungen)	X	
07 02 15	Abfälle von Zusatzstoffen mit Ausnahme derjenigen, die unter 07 02 14* fallen	X	
07 02 17	Siliconhaltige Abfälle, andere als die in 07 02 16* genannten	X	
07 02 99	Abfälle a.n.g., hier beschränkt auf Gummiabfälle	X	
Abfälle aus HZVA von Klebstoffen und Dichtmassen (einschließlich wasserabweisender Materialien)			
08 04 10	Klebstoff- und Dichtmasseabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 08 04 09* fallen	X	
Abfälle aus der Herstellung von Glas und Glaserzeugnissen			
10 11 03	Glasfaserabfall	X	
Abfälle aus der Herstellung von Keramikerzeugnissen und keramischen Baustoffen wie Ziegeln, Fliesen, Steinzeug			
10 12 03	Teilchen und Staub	X	
Abfälle aus Prozessen der mechanischen Formgebung sowie der physikalischen und mechanischen Oberflächenbearbeitung von Metallen und Kunststoffen			
12 01 05	Kunststoffspäne und -drehspäne	X	
Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.) hier: Verpackungen (einschließlich getrennt gesammelter kommunaler Verpackungsabfälle)			
15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe	X	

1	2	3	4
Abfall-schlüssel-nummer	Abfallbezeichnung	Umladestation Beinrode	Kleinanlieferer-station Beinrode
15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff	X	
15 01 03	Verpackungen aus Holz	X	
15 01 05	Verbundverpackungen	X	
15 01 06	gemischte Verpackungen	X	
Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung (a.n.g.) hier: Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung			
15 02 03	Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung mit Ausnahme derjenigen, die unter 15 02 02* fallen	X	
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) hier: Beton, Ziegel, Fliesen und Keramik			
17 01 01	Beton		X
17 01 02	Ziegel		X
17 01 03	Fliesen, Ziegel und Keramik		X
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) hier: Holz, Glas und Kunststoff			
17 02 01	Holz	X	
17 02 03	Kunststoff	X	
17 02 04*	Glas, Kunststoff und Holz, die gefährliche Stoffe enthalten oder durch gefährliche Stoffe verunreinigt sind		X
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) hier: Bitumengemische, Kohlenteer und teerhaltige Produkte			
17 03 03*	Kohlenteer und teerhaltige Produkte		X
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) hier: Dämmmaterial und asbesthaltige Baustoffe			
17 06 03*	Anderes Dämmmaterial, das aus gefährlichen Stoffen besteht oder solche Stoffe enthält		X
17 06 04	Dämmmaterial mit Ausnahme desjenigen, das unter 17 06 01* und 17 06 03* fällt	X	
17 06 05*	asbesthaltige Baustoffe		X
Bau- und Abbruchabfälle (einschließlich Aushub von verunreinigten Standorten) hier: Sonstige Bau- und Abbruchabfälle			

1	2	3	4
Abfall-schlüssel-nummer	Abfallbezeichnung	Umladestation Beinrode	Kleinanlieferer-station Beinrode
17 09 04	Gemischte Bau- und Abbruchabfälle mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 09 01*, 17 09 02* und 17 09 03* fallen	X	X

Abfälle aus der Geburtshilfe, Diagnose, Behandlung oder Vorbeugung von Krankheiten beim Menschen			
18 01 04	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden (z.B. Wund- und Gipsverbände, Wäsche, Einwegkleidung, Windeln)	gesonderte Entsorgung	
Abfälle aus Forschung, Diagnose, Krankenbehandlung und Vorsorge bei Tieren			
18 02 03	Abfälle, an deren Sammlung und Entsorgung aus infektionspräventiver Sicht keine besonderen Anforderungen gestellt werden	gesonderte Entsorgung	
Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und wasser für industrielle Zwecke hier: Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen a.n.g.			
19 08 01	Sieb- und Rechenrückstände	X	
19 08 02	Sandfangrückstände	X	
19 08 05	Schlämme aus der Behandlung von kommunalem Abwasser	X	
Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen, öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie der Aufbereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch und wasser für industrielle Zwecke hier: Abfälle aus der mechanischen Behandlung von Abfällen (z.B. Sortieren, Zerkleinern, Verdichten, Pelletieren) a.n.g.			
19 12 12	sonstige Abfälle (einschließlich Materialmischungen) aus der mechanischen Behandlung von Abfällen mit Ausnahme derjenigen, die unter 19 12 11* fallen	X	
Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen hier: Getrennt gesammelte Fraktionen (außer 15 01 - Verpackungsabfall, Aufsaugmassen, Wischtücher, Filtermaterialien und Schutzkleidung a.n.g.)			
20 01 02	Glas		X

Öffentliche Bekanntmachungen des Landkreises Eichsfeld

1	2	3	4
Abfall-schlüssel-nummer	Abfallbezeichnung	Umladestation Beinrode	Kleinanlieferer-station Beinrode
20 01 08	biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	
20 01 10	Bekleidung	X	
20 01 11	Textilien	X	
20 01 38	Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt	X	X
20 01 39	Kunststoffe	X	X
Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen hier: Garten- und Parkabfälle (einschließlich Friedhofsabfälle)			
20 02 01	kompostierbare Abfälle	X	X
20 02 02	Boden und Steine		X
20 02 03	andere nicht biologisch abbaubare Abfälle	X	X
Siedlungsabfälle (Haushaltsabfälle und ähnliche gewerbliche und industrielle Abfälle sowie Abfälle aus Einrichtungen), einschließlich getrennt gesammelter Fraktionen hier: Andere Siedlungsabfälle			
20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle		
	Restabfälle aus der Einsammlung durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte	X	
	Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, die nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 wegen ihrer Menge vom Einsammeln und Befördern durch den ÖRE bzw. dessen beauftragte Dritte ausgeschlossen sind Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	X
20 03 02	Marktabfälle Abfälle dürfen nur angeliefert und verarbeitet werden, solange sie nicht der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 unterliegen	X	X
20 03 03	Straßenkehrschutt	X	
20 03 07	Sperrmüll	X	X

Die mit einem Sternchen (*) versehenen Abfallarten sind gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 AVV gefährlich im Sinne von § 41 in Verbindung mit § 3 Abs. 8 Satz 1 KrW-/AbfG“

Satzung des Landkreises Eichsfeld über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises Eichsfeld - Abfallgebührensatzung -

Aufgrund der §§ 98 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. Nr. 2 S. 41, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2005, GVBl. Nr. 18 S. 446), der §§ 1, 2, 10 und 12 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes (ThürKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. September 2000 (GVBl. Nr. 10 S. 301, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2004, GVBl. Nr. 22 S. 889), des § 4 Abs. 2 des Thüringer Gesetzes über die Vermeidung, Verminderung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz - ThürAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juni 1999 (GVBl. Nr. 12 S. 385, zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 25. November 2004, GVBl. Nr. 20 S. 853) sowie der Satzung über die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung von Abfällen im Landkreis Eichsfeld (Abfallsatzung - AbfS) in der derzeit geltenden Fassung hat der Kreistag des Landkreises Eichsfeld in seiner Sitzung am 11. Oktober 2006 folgende Gebührensatzung beschlossen:

§ 1

Gebührenerhebung

Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung erhebt der Landkreis Eichsfeld als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (ÖRE) zur Deckung seiner Aufwendungen Benutzungsgebühren.

§ 2

Gebührensschuldner

- (1) Gebührensschuldner ist, soweit nicht in den nachfolgenden Regelungen abweichend bestimmt, der Eigentümer des an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücks.
- (2) Besteht an dem Grundstück ein Erbbaurecht, Wohnungs- oder Teileigentum, ein Dauernutzungs- und Dauerwohnrecht, Gebäudeeigentum oder ein sonstiges Nutzungsrecht, so ist abweichend von Absatz 1 der jeweils Berechtigte Gebührensschuldner.
Soweit der Grundstückseigentümer nicht im Grundbuch eingetragen oder die Eigentums- und Berechtigungslage aus sonstigen Gründen ungeklärt ist, ist derjenige Gebührensschuldner, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Gebührenschild Besitzer des betroffenen Grundstücks ist bzw. war.
- (3) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter und abgelagerter Abfälle durch den ÖRE ist derjenige Gebührenschildner, der nach den abfallrechtlichen Vorschriften für die ordnungsgemäße Entsorgung dieser Abfälle verantwortlich war.
- (4) Beim Behälterservice ist der Besteller dieser Leistung der Gebührenschildner.
- (5) Bei der Verwendung von Restabfallsäcken ist der Erwerber der Gebührenschildner.
- (6) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen an den Abfallentsorgungsanlagen/-einrichtungen und Sammelstellen des ÖRE ist der Anlieferer Gebührenschildner.
- (7) Mehrere Gebührenschildner sind Gesamtschildner.

§ 3

Gebührentatbestand

Eine Gebühr wird für jede Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung des ÖRE erhoben (Gebührentatbestand).

Die Gebühr für die Restabfallentsorgung umfasst unter anderem die Kosten für die Bereitstellung der Restabfallbehälter, die Kosten für Einsammlung, Transport und Entsorgung von Restabfällen, Sperrmüll, Altpapier (sofern nicht DSD), Elektronikschrott (ohne Entsorgung) sowie Sonderabfall-Kleinmengen als auch den Personal-/ Verwaltungsaufwand des ÖRE.

Die Gebühr für die Abfallsäcke wird für die Bereitstellung der Säcke sowie deren Entsorgung erhoben.

Die Gebühr für die Selbstanlieferung von Abfällen wird für den Transport und die Behandlung der Abfälle erhoben.

Die Gebühr für den Behälterservice wird für die Gestellung und Leerung der Abfallbehälter erhoben.

Die Gebühr für die Entsorgung von unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfällen wird für die Einsammlung, den Transport, die Behandlung und ordnungsgemäße Entsorgung erhoben.

§ 4

Gebührenmaßstab

- (1) Die Berechnung der Gebühr für die Restabfallentsorgung erfolgt auf der Grundlage des Volumens des Restabfallbehälters multipliziert mit der Anzahl der Leerungen (Volumenliter); die Erfassung erfolgt im Ident-System.
- (2) Als Mindestvolumen werden für jede haushaltsangehörige Person bzw. für die in § 8 Abs. 4 der Abfallsatzung genannten Einrichtungen und Unternehmen monatlich 30 Liter abgerechnet (Mindestentleerungsvolumen).
Zu den haushaltsangehörigen Personen nach Satz 1 zählen alle mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldeten Bewohner im Sinne des § 3 Abs. 3 Nr. 5 der Abfallsatzung.
Als Stichtag für die Berechnung der melderechtlich erfassten Personen gilt der 30.06. und der 31.12. eines Kalenderjahres für die vorausgehenden und nachfolgenden 3 Monate.
Ist ein Grundstücksbewohner nachweislich durchgehend mehr als 6 Monate ortsabwesend, so kann auf schriftlichen Antrag eine auf maximal ein Jahr befristete Ermäßigung des Mindestvolumens nach Satz 1 gewährt werden.
- (3) Kommt der Verpflichtete nach § 5 der Abfallsatzung seinen Anmelde- und Auskunftspflichten gemäß § 12 der Abfallsatzung nicht nach, wird die Gebühr geschätzt.
- (4) Bei der Selbstanlieferung von Abfällen bestimmt sich die Gebühr nach dem Gewicht der Abfälle und der Abfallart. Sollte eine Verwiegung nicht möglich sein, wird das Gewicht geschätzt. Die Schätzung ist verbindlich.
- (5) Die Gebühr für die Abfuhr von Abfallsäcken bestimmt sich nach deren Anzahl.
- (6) Die Gebühr für die Gestellung und Einzelabfuhr von 240-Liter- Müllgroßbehältern und 1.100-Liter-Müllgroßbehältern im Behälterservice richtet sich nach der Anzahl der Behälter.
- (7) Die Gebühren für die Entsorgung von unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfällen richten sich nach den entsprechenden Aufwendungen für deren ordnungsgemäße Entsorgung sowie den entstehenden Verwaltungskosten.

§ 5 Gebührensatz

- (1) Die Gebühr für die Restabfallentsorgung nach § 4 Abs. 1 beträgt
0,11 EUR je Volumenliter.
- (2) Die Gebühr nach Absatz 1 schließt die regelmäßige Abfuhr der getrennt gesammelten Abfälle durch den ÖRE ein, soweit nicht gesonderte Gebühren nach dieser Satzung erhoben werden.
- (3) Die Gebühr für eine Entsorgung mittels Abfallsack mit Aufdruck: "Landkreis Eichsfeld" beträgt
6,60 EUR pro Stück.
- (4) Die Behältergestellung, ausgenommen die gesonderte Behältergestellung im Behälterservice, erfolgt grundsätzlich kostenfrei.
Sofern die Auslieferung, Abholung oder der Umtausch eines Restabfallbehälters nicht nach § 8 Abs. 2 und 4 der Abfallsatzung notwendig ist, wird jedoch eine Gebühr in Höhe von
15,00 EUR
erhoben.
Für die Sondergestellung im Einzelfall im Behälterservice beträgt die Gebühr
 - je Gestellung 30,00 EUR
 und zusätzlich
 - je Leerung eines 240-l-Müllgroßbehälters 26,40 EUR
 - je Leerung eines 1.100-l-Müllgroßbehälters 121,00 EUR.
- (5) Für die Entsorgung von Abfällen im Rahmen der Selbstanlieferung zur Umladestation Beinrode und zur Kleinanliefererstation Beinrode werden Benutzungsgebühren wie folgt erhoben:
 1. Die Gebühr beträgt
je Anlieferung jedoch mindestens 10,00 EUR. 168,65 EUR / t (Mg),
 2. Die Gebühr für Abfallarten, welche vom ÖRE für Zwecke der Profilierung des Deponiekörpers der Hausmülldeponie Beinrode vorgesehen bzw. zugelassen sind, beträgt für
 - a) Boden und Steine 1,00 EUR / t (Mg),
 - b) Beton- und Ziegelbruch 2,00 EUR / t (Mg),
 je Anlieferung jedoch mindestens 1,00 EUR.
- (6) Für den Ersatz von beschädigten oder abhanden gekommenen Restabfallbehältern auf Grund eines Verschuldens des Anschlusspflichtigen werden berechnet:
 - je Restabfallbehälter bis 120 Liter Füllraum 45,00 EUR
 - je Restabfallbehälter mit 240 Liter Füllraum 50,00 EUR
 - je Restabfallbehälter mit 1.100 Liter Füllraum 195,00 EUR.
 Diese Gebühr beinhaltet auch die Gebühr nach Absatz 4 Satz 2.

- (7) Die Gebühr für die Entsorgung von unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfällen wird nach tatsächlichem Aufwand zuzüglich der Verwaltungskosten festgesetzt. Dies gilt auch für Sonderabfall-Kleinmengen aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die die zulässige Menge von 100 kg je Sammlung nach § 9 Abs. 7 Satz 6 der Abfallsatzung überschreiten.

§ 6

Entstehen und Erlöschen der Gebührenpflicht

Die Gebührenpflicht für die Restabfallentsorgung entsteht, sobald das Grundstück an die Abfallentsorgung angeschlossen ist oder die Voraussetzungen für die Abfallüberlassungspflicht nach § 5 der Abfallsatzung vorliegen. Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem die Anschlusspflicht entfällt.

§ 7

Entstehen der Gebührenschild

- (1) Die Gebührenschild für die Restabfallentsorgung entsteht jeweils zum 31.03. und zum 30.09. eines Kalenderjahres für die jeweils vorausgegangenen 6 Monate.
- (2) Bei Selbstanlieferung entsteht die Gebührenschild mit der Übergabe der Abfälle.
- (3) Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von Restabfallsäcken entsteht die Gebührenschild mit dem Erwerb des Abfallsackes durch den Benutzer.
- (4) Die Gebührenschild für die Sondergestellung im Einzelfall im Behälterservice nach § 5 Abs. 4 Satz 3 entsteht mit der Anforderung der Leistung.
- (5) Die Gebührenschild für die Auslieferung, Abholung oder den Umtausch eines Restabfallbehälters § 5 Abs. 4 Satz 2 und den Ersatz nach § 4 Abs. 6 Satz 1 entsteht mit der Behältergestellung.
- (6) Bei der Entsorgung unzulässig behandelte, gelagerter oder abgelagerter Abfälle entsteht die Gebührenschild mit dem Abtransport der Abfälle durch den ÖRE.
- (7) Bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen entsteht die Gebührenschild für den bisherigen Gebührenpflichtigen mit dem Beginn des auf den Übergang der Gebührenpflicht folgenden Monats, für den neuen Gebührenpflichtigen mit Ablauf des Erhebungszeitraums nach Absatz 1.

§ 8

Fälligkeit

- (1) Die Gebühren werden vom ÖRE durch Bescheid festgesetzt. Bei sofortiger Barzahlung kann statt dessen ein Zahlungsbeleg ausgestellt werden.
- (2) Die Gebühr für die Restabfallentsorgung wird einen Monat nach Zugang des Gebührenbescheids fällig. Die Abrechnung erfolgt halbjährlich nachträglich.
- (3) Die Gebühr für den Erwerb von Restabfallsäcken ist sofort fällig.
- (4) Die übrigen Gebühren werden mit der Inanspruchnahme der Leistungen zwei Wochen nach Zugang des Gebührenbescheids fällig.
- (5) Bei der Selbstanlieferung kann in begründeten Fällen durch den ÖRE die sofortige Fälligkeit durch Barzahlung angeordnet werden.

§ 9

Abweichende Gebührenerhebung

- (1) Betriebsstörungen lassen die Gebührenschild grundsätzlich unberührt. Bei Betriebsstörungen, die Auswirkungen großen Umfangs auf die Entsorgungsleistungen haben, kann der ÖRE die Gebühren jedoch entsprechend ermäßigen.
- (2) Werden Abfallarten entgegen den Weisungen des Personals im Eingangsbereich bzw. auf Grund falscher Deklaration in der Umladestation oder Kleinanliefererstation abgelagert, so wird für die daraus entstehenden zusätzlichen Leistungen eine Pauschalgebühr in Höhe von 50,00 EUR/t erhoben. Übersteigen die Kosten nachweislich diese Pauschalgebühr, werden die tatsächlichen Aufwendungen in Rechnung gestellt.

§ 10

Datenschutz

Bei der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten gelten die Bestimmungen des § 30 ThürAbfG und des Thüringer Datenschutzgesetzes.

§ 11

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2007 in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung des Landkreises Eichsfeld über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen des Landkreises Eichsfeld (Abfallgebührensatzung) vom 21. Dezember 2001 in der Fassung der Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Eichsfeld vom 23.09.2004 Nr. 40/2003 Seite 351, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Satzung vom 14. Oktober 2005 (Amtsblatt vom 14.10.2005 Nr. 32/2005 Seite 191), außer Kraft.

Heiligenstadt, den 25. Oktober 2006
Landkreis Eichsfeld

gez. Dr. Werner Henning
Landrat

Siegel

Wasser- und Abwasserzweckverband „Eichsfelder Kessel“, Breitenworbiser Str. 1, 37355 Niederorschel

Bekanntmachung zur Feststellung des Jahresabschlusses 2005 des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“

1. Die Verbandsversammlung hat mit Beschluss-Nr. 03-2006 vom 17.10.2006 den Geschäftsbericht und den Jahresabschluss 2005 – gez. Barthel, Verbandsvorsitzender – wie folgt festgestellt.

Der Jahresabschluss zum 31.12.2005 schließt mit einer Bilanzsumme	
für den Bereich Wasser in Höhe von	28.294.016,07 €
für den Bereich Abwasser in Höhe von	84.208.954,95 €
und mit einem	
Jahresverlust für den Bereich Wasser in Höhe von	6.491,15 €
Jahresgewinn für den Bereich Abwasser in Höhe von	677.536,41 €
ab.	

Der festgestellte Jahresverlust des Bereiches Wasser wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 Der festgestellte Jahresgewinn des Bereiches Abwasser wird in Höhe von 282.065,18 € zur Tilgung des Verlustvortrages verwendet. Der restliche Gewinn in Höhe von 395.471,23 € wird der allgemeinen Kapitalrücklage zugeführt.
 Mit Beschluss-Nr. 03-2006 wurde der Werkleitung Entlastung erteilt.

2. Der Bestätigungsvermerk des zur Abschlussprüfung bestellten Wirtschaftsprüfungsunternehmens Mittelrheinische Treuhand GmbH, Schillerstr 26, 99096 Erfurt für den Jahresabschluss lautet:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Eichsfelder Kessel“ für das Wirtschaftsjahr vom 01. Januar 2005 bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen der ThürEBV, der Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Zweckverbandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zweckverbandes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Feststellung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Zweckverbandes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung des Zweckverbandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Zweckverbandes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Erfurt, 03. Juli 2006

Mittelrheinische Treuhand GmbH
 Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft

3. Der Jahresabschluss 2005 und der Lagebericht liegen zur Einsichtnahme.

vom 13.11.2006 bis 24.11.2006

Zimmer Nr. 111 (Finanzbuchhaltung) beim WAZ „Eichsfelder Kessel“, Breitenworbiser Str. 1,
37355 Niederorschel aus.

gez. Barthel
Verbandsvorsitzender

Siegel

Obereichsfeldischer Wasserleitungsverband, Spitzmühle, 37359 Großbartloff

Einladung zur Verbandsversammlung am 15.11.2006, 19:00 Uhr nach 37359 Großbartloff, Spitzmühle

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit, Anfragen zur Tagesordnung, Einverständnis zur Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift vom 20.04.2006
3. Bericht über die Pflichtprüfung 2005
4. Geschäftsverlauf
5. Beitragsrückzahlung
6. Satzungsanpassung
7. Beschlüsse und Beschlussfassung
 - 7.1 Beschluss 01/2006 Zustimmung zum Jahresabschluss 2005 sowie dem Geschäfts- und Lagebericht
 - 7.2 Beschluss 02/2006 Entlastung der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2005
 - 7.3 Beschluss 03/2006 Verwendung Betriebsergebnis
 - 7.4 Beschluss 04/2006 Wirtschaftsplan 2007 einschließlich Anlagen und Investitionsplan 2007
 - 7.5 Beschluss 05/2006 Haushaltssatzung 2007
 - 7.6 Beschluss 06/2006 Kreditaufnahme 2007
 - 7.7 Beschluss 07/2006 Anpassung der Rumpfsatzung und der Allgemeinen Versorgungsbedingungen
 - 7.8 Beschluss 08/2006 Beauftragung Prüfung Jahresabschluss 2006
8. Anfragen, Hinweise, Meinungen

gez. König
Verbandsvorsitzender